

N i e d e r s c h r i f t

JHA/004/2010

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 24.06.2010**

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
--------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied / Stellv. Vorsitzender
Frau Marlies Holtel	FDP	Sachkundige Bürgerin
Frau Ingrid Klammann		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Nina Wienkamp		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

beratende Mitglieder:

Herr Georg Friemel-Brüggemann	Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Herr Harald Klamann	Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Herr Ludger Schöpfer	Leiter des Jugendamtes
Herr Bernhard Wilbers	Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung

Vertreter:

Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Vertretung für Herrn Th. Rühling
Frau Yasemin Durgun		Vertretung für Frau Sara Neto Alves
Frau Ute Ehrenberg		Vertretung für Frau Dr. A. Kordfelder
Herr Winfried Hülsbusch		Vertreter für Frau Maria Schütz
Herr Tim Köhler	SPD	Vertretung für Herrn A. Bietmann

Verwaltung:

Herr Ewald Piepel	Produktverantwortlicher
Herr Raimund Gausmann	Produktverantwortlicher
Herr Wolfgang Neumann	Produktverantwortlicher
Herr Hubert Lammerding	Stellv. Schriftführer

Der Vorsitzende Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der in der Einladung unter Nr. 5 aufgeführte Tagesordnungspunkt „Der Neue Kinderbeirat stellt sich vor“ wird vorgezogen und als erster Punkt verhandelt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird Frau Yasemin Durgun von Herrn Fühner zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung mit dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Schulausschuss und dem Sozialausschuss am 17.03.2010 und Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung am 25.03.2010

Herr Schöpfer macht darauf aufmerksam, dass in der Anwesenheitsliste vom 25.03.2010 als anwesend folgende Ergänzungen vorgenommen werden müssen:

SB Afting-Bühmann, D
AM Neto Alves, S

**Zu beiden Niederschriften werden seitens der Ausschussmitglieder keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche geltend gemacht.
In der Anwesenheitsliste vom 25.03.2010 sind folgenden Personen nachzutragen:
SB Afting-Bühlmann, D
AM Neto Alves, S**

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in den öffentlichen Sitzungen am 17.03.2010 und 25.03.2010 gefassten Beschlüsse

Frau Ehrenberg berichtet wie folgt:

Die Beschlüsse sind ausgeführt worden. Eine gesonderte Berichterstattung erfolgt zu folgenden Punkten:

Familienbeirat

Der neue Familienbeirat kam am 16. Juni 2010 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Frau Ulrike Paege wurde zur Sprecherin des Familienbeirates und Frau Bärbel Thiekötter zu ihrer Stellvertreterin gewählt. Beide werden den Familienbeirat im Jugendhilfeausschuss vertreten.

Ergebnis- und Investitionsplan 2010 - 2013

Bei Verabschiedung des Ergebnis- und Investitionsplan 2010 – 2013 wurde der Empfehlungsbeschluss des Jugendhilfeausschusses vom HFA und vom Rat in einem Punkt geändert.

Die Mittel für die Jugendarbeit werden nicht wie vom Jugendhilfeausschuss empfohlen in diesem Jahr um 29.400 Euro und in den Folgejahren um jeweils 58.800 Euro aufgestockt. Die Erhöhung dieses Budgets erfolgt erst ab dem nächsten Jahr und dann auch nur um jeweils 29.400 Euro.

3. Informationen

Frau Ehrenberg Informiert wie folgt:

1. Programm „Jugend stärken“

Im Rahmen des EU - Programms „Jugend stärken“ konnten öffentliche Träger der Jugendhilfe Mittel aus dem europäischen Sozialfonds beantragen.

Um am Interessensbekundungsverfahren teilnehmen zu können, musste im Bereich des beantragenden öffentlichen Trägers die Teilnahme an zwei anderen EU Förderprogrammen nachgewiesen werden.

Die Stadt Rheine war lediglich Standort für das Projekt „2. Chance“, so dass die Stadt Rheine nicht antragsberechtigt war.

Daraufhin wurde mit dem Jugendamt des Kreises Steinfurt vereinbart, dass dieses für den gesamten Kreis, und damit auch für Rheine, an dem Interessensbekundungsverfahren teilnimmt, denn für das gesamte Kreisgebiet ist die Voraussetzung „Teilnahme an zwei anderen EU Förderprogrammen“ gegeben.

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mit Schreiben vom 22. Juni 2010 teilt Herr Reiske folgendes mit:

Der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Jugendhilfeausschuss entsandte Sachkundige Bürger Rickert hat die Kommunikation zu unserer Fraktion abgebrochen. Er nimmt an den Vorbesprechungen der Fraktion zum Jugendhilfeausschuss nicht teil. Er ist deshalb nicht berechtigt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Jugendhilfeausschuss zu sprechen.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Friemel-Brüggemann berichtet, dass er aus beruflichen Gründen im neuem Familienbeirat nicht mehr das Amt des Sprechers ausüben könne. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfeausschuss.

Die neue Sprecherin des Familienbeirates, Frau Ulrike Paege trägt vor, dass der Familienbeirat zur Zeit Themen für neue Projekte des Beirates sammelt und entscheidet wird, was in den nächsten Jahren konkret in Angriff genommen wird.

5. Forum "Der neue Kinderbeirat stellt sich vor"
Vorlage: 294/10

Der neue Kinderbeirat stellt sich und die von ihm erarbeiteten Themen vor.
Die gezeigten Folien sind der Niederschrift beigelegt.
Nach der Vorstellung fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis und unterstützt die zukünftige Arbeit des Kinderbeirates.

6. Jugendschutz im Internet
Vorlage: 295/10

Zum Thema Kinderschutz im Internet berichten Frau Besseling Fachbereich 2 und Herr Wilke, Polizeibeamter bei der Kreispolizeibehörde Steinfurt und dort für den Bereich Prävention zuständig.

Herr Wilke berichtet über das Nutzerverhalten von Kindern und Jugendlichen im Internet und über die Gefahren die mit der Nutzung verbunden sein können sowie über Maßnahmen die dem entgegenwirken können.

Der Jugendhilfeausschuss fasst danach folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen zum Kinder- und Jugendschutz mit dem Schwerpunkt „Jugendschutz im Internet“ zustimmend zur Kenntnis.

**7. Bestätigung der Empfehlungsbeschlüsse des Unterausschusses
"Kinderspielplätze" Niederschrift Nr. 1 der Sitzung am 1. März
2010
Spielplatzplanung 2010
Vorlage: 285/10**

Auf die Vorlage wird verwiesen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

- | |
|---|
| 1. Der Jugendhilfeausschuss erhebt die Empfehlungen des Unterausschusses „Kinderspielplätze“ analog der der Einladung beigefügten Niederschrift Nr. 1 der Sitzung vom 1. März 2010 zu Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses. |
| 2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, aus dem Budget für die Renovierung von Kinderspielplätzen über die im Unterausschuss beschlossene Vorschlagsliste hinaus weitere 10.000,00 € für die Ersatzbeschaffung einer Spielanlage auf dem Spielplatz Moorstraße zur Verfügung zu stellen. |

**8. Bestätigung der Empfehlungsbeschlüsse des Unterausschusses
"Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten"
Niederschrift Nr. 3 der Sitzung am 26. April 2010
Niederschrift Nr. 4 der Sitzung am 17. Mai 2010
Vorlage: 292/10**

Auf die Vorlage wird verwiesen.

Herr Kohnen bemerkt, dass es schwierig gewesen sei aus der Niederschrift Empfehlungen heraus zu lesen. Er wünsche sich konkretere Formulierungen.

Zum Thema eventuelle Aufgabe des Standortes Jugendheim St. Antonius bittet er darum zu überprüfen, ob mit der Vergabe von Mitteln aus dem Jugendetat zum Bau der Einrichtung vertragliche Bindungen verbunden waren oder Zweckbindungen, die bei Aufgabe der Einrichtung für die offene Jugendarbeit zu Rückforderungen gegenüber dem Träger führen müssten.

Frau Ehrenberg sagt die Überprüfung zu. Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung dazu berichten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss erhebt die Empfehlungen des Unterausschusses „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ analog der der Einladung beigefügten Niederschrift Nr. 3 der Sitzung vom 26. April 2010 und Nr. 4 der Sitzung am 17. Mai 2010 zu Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses.

9. Kooperation Jugendhilfe - Schule
"Frühe Hilfen"
Vorlage: 302/10

00:49:11

Herr Gausmann führt in das Thema ein.

Herr Hemelt bedankt sich für die Ausführungen, merkt jedoch an, dass großer Unmut in der SPD-Fraktion geherrscht habe, da man dieses Thema auch im bzw. zusammen mit dem Schulausschuss hätte behandeln wollen.

Er stellt sodann den Antrag, dass dieser Tagesordnungspunkt zurückgestellt und dann in Rahmen einer gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss behandelt wird.

Herr Kohnen begrüßt das Ergebnis vor allem, da es gelungen sei, die Kosten auf Grund der Nutzung bestehender Einrichtungen neutral zu halten.

Die Kritik der SPD-Fraktion könne er in der Form nicht verstehen, da es sich hier nur um eine Vorlage handelt, die lediglich zur Kenntnis genommen werden soll.

Nach weiterer Diskussion beantragt Herr Hemelt als Sprecher der SPD-Fraktion, für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses den Tagesordnungspunkt „Ib-benbürener Modell“ mit entsprechendem Beschlussvorschlag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Frau Ehrenberg entgegnet, dass hier eine auf Rheine zugeschnittenes und kostenneutrales Ergebnis erzielt worden sei.

Herr Fühner fasst die wesentlichen Ergebnisse der Diskussion zusammen und lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst bei 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Sachstandsbericht über die Ergebnisse aus den Trägergesprächen zum U3-Ausbau Vorlage: 318/10

01:06:44

Frau Ehrenberg führt in das Thema ein und verweist auf die ausliegenden Listen, die der Niederschrift beigelegt sind. Sie berichtet über die Trägergespräche, die mit Trägern von Einrichtungen aus den Planbereichen links und rechts der Ems geführt wurden, und die am 16.06.2010 durchgeführte Begehung der Einrichtungen.

Planungsgebiet links der Ems

Im Planungsgebiet links der Ems müssen bis zum Jahr 2013 zusätzlich 79 Plätze für unter dreijährige Kinder geschaffen werden.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 3.12.2009 beschlossen, in den nachfolgenden Einrichtungen jeweils 10 zusätzliche U3-Plätze zu schaffen.

St Gertrud-Kindergarten	10
CV- Kindertagesstätte Ellinghorst	10
Januszc-Korczak-Kindergarten	10
Jakobi-Kindergarten	10
Insgesamt	40
Verbleiben zu schaffende Plätze	39

Vor dem Hintergrund, dass die zu tätigen Investitionen sowohl am St. Gertrud-Kindergarten als auch am Januszc-Korczak-Kindergarten voraussichtlich erheblich über den Festbeträgen des Landes liegen, sollten bald weitergehende Realisierungsmöglichkeiten zur Schaffung von U3-Plätzen untersucht werden.

Aus dem Trägergespräch vom 10.06.2010 war für das Planungsgebiet zu erkennen, dass die Träger folgenden Einrichtungen sich eine Erweiterung um je 10 U3-Plätze vorstellen können.

St. Gertrud	10
Januszc-Korczak-Kindergarten	10
St Raphael	10
St Elisabeth	10
Insgesamt	40

Vor dem Hintergrund, dass sich die negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklung weiterhin fortsetzen werden und der Tatsache, dass der Gertrud-Kindergarten am Rand zu Niedersachsen und nicht im unmittelbaren Einzugsbereich geschlossener Ortsteile liegt, schlägt die Verwaltung folgende Alternativen vor:

- 1) Neben dem bereits im Dezember 2009 beschlossenen 40 U3-Plätzen werden je 10 weitere U3-Plätze durch Baumaßnahmen am

Januszc-Korczak-Kindergarten,
St Raphael Kindergarten und
St. Elisabeth Kindergarten

geschaffen

- 2) Auf der im Bebauungsplangebiet Wohnpark Dutum ausgewiesenen Gemeinbedarfsfläche von ca. 3000 qm wird im Rahmen eines Investorenmodells eine neue Kindertageseinrichtung mit insgesamt 3 Gruppen errichtet.

Die Verwaltung soll beauftragt werden, soweit möglich in Zusammenarbeit mit den beteiligten Trägern, die finanziellen Auswirkungen der vorgestellten Alternativen zu eruieren und gegenüberzustellen.

Herr Hemelt bemängelt, dass ihm die mündlich vorgetragenen Informationen nicht bereits gestern schriftlich zur Verfügung gestellt wurden.

Frau Ehrenberg weist darauf hin, dass dies aus terminlichen Gründen gar nicht möglich gewesen sei.

Herr Kohnen betont, dass für eine vernünftige Abwägung im Jugendhilfeausschuss die Informationen gebraucht würden, die die Fachverwaltung jetzt zusammentragen möchte. Er könne sich daher dem Verfahrensvorschlag voll anschließen.

Herr Fühner weist darauf hin, dass der Vorschlag der Verwaltung gar keine Entscheidung beinhalte, sondern lediglich die Beauftragung, weitere Informationen zur Entscheidungsfindung einzuholen.

Herr Hemelt fordert ein, den Runden Tisch für den Südraum nach der Sommerpause einzuberufen.

Herr Metje als Vertreter der AG 78 Kindertagesbetreuung hält es für notwendig, vor einer Entscheidung über die Alternativen die AG 78 zu hören.

Frau Ehrenberg weist daraufhin, dass sie bereits in der letzten Sitzung zugesagt habe, auch einen Runden Tisch für den Südraum durchzuführen. Da es aber dort z.Zt. keine brennenden Probleme gäbe, habe man dies zunächst zurückgestellt. Sodann fährt sie mit Ihren Ausführungen zum Planungsgebiet rechts der Ems fort:

Planungsgebiet rechts der Ems

Im Planungsgebiet rechts der Ems müssen bis 2013 zusätzlich 30 U3-Plätze geschaffen werden. Ferner sind bis 2012 zusätzlich 17 Rechtsanspruchsplätze zu schaffen.

Ab den Jahren 2013/2014 wird sich der Platzbedarf rechts der Ems im Rechtsanspruchsbereich erheblich reduzieren.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung vor, den kurzfristigen Platzbedarf im Planungsgebiet rechts der Ems durch eine temporäre Lösung aufzufangen. Hier wird die Aufstellung von mobilen Raumsystemen vorgeschlagen.

Die Aufstellung der mobilen Räumlichkeiten sollte dort erfolgen, wo der Platzbedarf nachhaltig vorhanden ist. Hier kommt eigentlich nur ein Standort im Bereich Schotthock in Frage, hier z.B. am Ludgeruskindergarten.

Eine Realisierung auf dem Grundstück des AWO Kindergartens ist nach Auffassung der Verwaltung nicht zu favorisieren, weil sich dadurch die Fläche des Außenspielbereiches auf eine nicht zu vertretende Größe reduzieren würde.

Der Träger des Ludgerus-Kindergartens kann sich die Aufstellung von Raumsystemen für eine bzw. zwei Gruppeneinheiten vorstellen. Ein Architekt soll die Realisierbarkeit prüfen.

Eine Lösung auf dem Gelände des TV-Jahn Rheine sollte unter folgenden Gesichtspunkten überprüft werden:

1. Auf dem Gelände des Ludgerus-Kindergarten ist die Realisierung für zwei mobile Gruppeneinheiten nicht möglich.
2. Der Träger des Mobile-Kindergartens ist bereit, die bislang angebotenen Betreuungszeiten dem tatsächlichen Bedarf an zu passen.

Bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen sind die jeweils entstehenden Kosten zu ermitteln und gegenseitig abzuwägen.

Nach kurzer Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

**Die Verwaltung wird beauftragt, soweit möglich in Zusammenarbeit mit den beteiligten Trägern, die finanziellen Auswirkungen der vorgestellten Alternativen zu eruieren und gegenüberzustellen.
Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, nach der Sommerpause Trägergespräche in Form des runden Tisches für den Südraum zu führen**

- 11. Antrag des Kindergartenverbundes im Kirchenkreis Tecklenburg auf Gewährung eines Zuschusses zur Realisierung der U3-Ausbaumaßnahme am Jakobi-Kindergarten, Mittelstraße 105, 48431 Rheine
Vorlage: 319/10**

01:32:01

Herr Fühner ruft nach der Einwohnerfragestunde die Tagesordnungspunkte 11 und 12 auf, die zusammen verhandelt werden sollen.

Frau Ehrenberg führt in das Thema ein. Sie bittet darum, auf der Grundlage der vorliegenden Vorlagen zu entscheiden.

Der Träger habe die Verwaltung heute kurzfristig darüber informiert, dass bezüglich der Mittel, die er selber einbringt ein Missverständnis vorliege. Die Mittel sind vom Träger insgesamt zu betrachten, also 79.000,00€, das heißt die Mittel für das Dach sind in den Mitteln, die der Träger zur Verfügung stellen möchte enthalten, so dass nun gegenüber der in der Vorlage genannten Zahlen eine Differenz von 8.368,00€ bestehe.

Der Sachverhalt war in der Kürze der Zeit nicht aufzuklären.

Frau Ehrenberg schlägt vor, auf Grundlage der vorliegenden Informationen zu entscheiden. Die Verwaltung wird mit dem Träger sprechen, welche Möglichkeiten noch bestehen. Die Zeit dränge, weil allmählich die Mittel des Landes und des Bundes knapp werden und bei weiterer Verzögerung die Gefahr bestehe, leer aus zu gehen. In Anbetracht der Größe und des Umfangs der Ausbaufaufgaben die noch vor der Stadt Rheine liegen solle die Differenz von 8.368,00€ zunächst zurückgestellt werden.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Herr Hemelt die in TOP 11 und 12 genannten Maßnahmen. Er könne sich auch vorstellen bereits jetzt die eventuell noch fehlenden 8.368,00€ bereitzustellen.

Herr Kohnen fragt nach, ob inzwischen eine ausführliche Stellungnahme des Trägers bzw. des beauftragten Architekturbüros zur zwingenden Notwendigkeit der Sanierung der Restflächen und die baufachliche Prüfung der FB 5 / Hochbauamt vorliege.

Weiter fragt er an, ob dass zusätzlich bereit zu stellende Geld unbedingt in diesem Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt werden müsse, oder ob man die Bereitstellung nicht auch auf das Haushaltsjahr 2011 verschieben könne.

Herr Schöpfer beantwortet die Fragen. Neuere Erkenntnisse über die Notwendigkeit der Dachsanierung liegen der Verwaltung noch nicht vor. Der Beschlussvorschlag enthalte jedoch entsprechende Vorbehalte, nämlich ein entsprechendes Ergebnis der baufachlichen Prüfung und der Förderung durch das Land.

Bei einer Verschiebung der Bewilligung nach 2011 gehe der Träger ein Risiko ein, da man ihm heute nicht garantieren könne, dass er 2011 die Mittel auch tatsächlich erhält. Auch die Möglichkeit über eine Verpflichtungsermächtigung bestehe in diesem Falle nicht.

Die Verwaltung könne jedoch einen Deckungsvorschlag machen.

Nach Abklärung weiterer Verständnisfragen fasst der Jugendhilfeausschuss zu jeder Vorlage einzeln einstimmig folgende Beschlüsse:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, vorbehaltlich der noch durchzuführenden baufachlichen Prüfung dem Kindergartenverbund im Kirchenkreis Tecklenburg zur Realisierung der U3-Baumaßnahme am Jakobi-Kindergarten in Rheine, Mittelstraße 105 einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 19.166,00 € zu gewähren.

- 12. Antrag des Kindergartenverbundes im Kirchenkreis Tecklenburg auf Gewährung eines Zuschusses zur beabsichtigten Dachsanierung am Jakobi-Kindergarten, Mittelstraße 105, 48431 Rheine
Vorlage: 320/10**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, vorbehaltlich der Ergebnisse aus der baufachlichen Prüfung und vorbehaltlich der Landesförderung in Höhe von 50 % der anerkennungsfähigen Kosten, dem Kindergartenverbund im Kirchenkreis Tecklenburg für die Dachsanierung am Jakobi-Kindergarten, Mittelstraße 105, 48431 Rheine einen Zuschuss in Höhe von 8.368,10 € zu gewähren.

- 13. Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Rheine
Vorlage: 287/10**

Herr Schöpfer führt in das Thema ein. Die Satzung ist an veränderter Gesetzeslage redaktionell angepasst worden.

Herr Hemelt legt eine Liste mit gewünschten Änderungen vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Nach kurzer Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die von der SPD-Fraktion gewünschten Änderungen juristisch zu überprüfen und die Ergebnisse für die übernächste Jugendhilfeausschusssitzung wieder zur Beratung vorzulegen.

- 14. Nachbenennung von Mitgliedern für die Unterausschüsse "Jugendhilfeplanung/Jugendarbeit/Kindertageseinrichtungen" und "Kinderspielplätze"
Vorlage: 176/10/1**

01:51:13

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss besetzt den Unterausschuss „Jugendhilfeplanung/Jugendarbeit/Kindertageseinrichtungen“ wie folgt neu:

Integrationirat (beratend)

Frau Sara Neto Alves

Vertreter(in) (persönlich)

Frau Yasemin Durğun

2. Der Jugendhilfeausschuss besetzt den Unterausschuss „Kinderspielplätze“ wie folgt neu:

Integrationirat (beratend)

Frau Sara Neto Alves

Vertreter(in) (persönlich)

Frau Yasemin Durğun

**15. Berichtswesen zum Stichtag 31.05.2010, Fachbereich 2 - Jugend, Familie und Soziales, hier: Produktgruppe Jugendamt
Vorlage: 307/10**

01:52:34

Herr Schöpper führt in das Thema ein. Er weist daraufhin, dass es im Bereich der Jugendhilfe weiterhin eine angespannte Situation gebe. Im Bereich der ambulanten Hilfe sind Zunahmen feststellbar, während sich die Zahlen im stationären Bereich auf dem bisherigen Niveau halten.

Angestiegen sind die Fälle von Unterbringungen von Müttern mit ihren Kindern von im letzten Jahr 4 auf 12 Unterbringungen in diesem Jahr. Diese Entwicklungstendenzen sind auch bei anderen Jugendämtern feststellbar.

Der Fachbereich ist bemüht das Budget einzuhalten, ob das aber letztendlich gelingt, ist zurzeit noch nicht absehbar.

Herr Hemelt bittet darum, eine Fortschreibung des Berichtes zur Reintegration und Vollzeitpflege zu erhalten.

Herr Kohnen bittet neben den turnusgemäßen Halbjahresberichten um zusätzliche Berichterstattung, wenn sich gravierende Abweichungen feststellen lassen.

Herr Gausmann teilte mit, dass eine ausführliche Berichterstattung zur Reintegration und Vollzeitpflege erst zur Novembersitzung möglich sei.

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 2 –Jugend, Familie und Soziales (hier: Produktgruppe Jugendamt) mit dem Stand der Daten vom 31.05.2010 zur Kenntnis.

16. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

Herr Fühner ruft um 19:00 Uhr die in der Einladung unter TOP 16 aufgeführte Einwohnerfragestunde nach TOP 10 auf.

Keine Fragesteller

17. Anfragen und Anregungen

01:57:41

Herr Hemelt fragt nach dem Stand zum Familienbericht.

Herr Schöpfer entgegnet, dass es der Verwaltung aus Kapazitätsgründen nicht gelungen sei dazu bereits in dieser Sitzung zu berichten. Das Thema sei jedoch für die nächste Sitzung vorgesehen.

Herr Hemelt fragt angesichts der bestehenden kw-Vermerke bei den Altersteilzeitstellen nach dem weiteren Verfahren zur Besetzung der Stelle des Jugendamtsleiters/Leiterin.

Ende der Sitzung:

20:15 Uhr

Gez.

Fühner
Ausschussvorsitzender

Lammerding
stellv. Schriftführer